

# Eine neue Balance of Power

Amerikanische Diplomatie im 21. Jahrhundert

von Jürgen Turek

Mit der Wahl von George W. *Bush* zum amerikanischen Präsidenten und insbesondere seit den Ereignissen des 11. September stellt sich die Frage, wie die USA sich selbst und ihre weltpolitische Rolle verstehen. Seit über zehn Jahren sind die Vereinigten Staaten die einzig verbliebene weltpolitische Führungsmacht, und die Frage, ob sie eher imperial oder partnerschaftlich, eher unilateral oder multilateral denken und agieren, ist nicht nur für Europa von großer Bedeutung.

Nach dem Amtsantritt von Präsident *Bush* waren die Zweifel an seinen außenpolitischen Zielen und Fähigkeiten auf dem alten Kontinent groß, eine Auffassung, die rasch ihren Weg über den Atlantik fand. Die Haltung Europas zur Präsidentschaft *Bushs* kam in den Worten eines Pressesprechers des Weißen Hauses zum Ausdruck, als dieser den Zweck der ersten Europa-Reise des Präsidenten im Juni 2001 als Bemühung darstellte, die Europäer von der irrtümlichen Vorstellung zu befreien, dieser sei ein „oberflächlicher, arroganter, Revolver tragender ... texanischer Hinterwäldler“. Dies sprach für gegenseitige Aversio-

nen und Unterkühlungen im transatlantischen Verhältnis. Fragen nach den außenpolitischen Prioritäten Amerikas kamen auf.

Auf diese Fragen gibt Henry *Kissinger* Antworten. Mit „realpolitischem“ Blick analysiert er die geopolitische und geostrategische Lage und diskutiert die zukünftigen Herausforderungen Amerikas in der Weltpolitik. Hierbei geht er von vier

gleichzeitig bestehenden internationalen Systemen aus: von dem angelsächsisch-europäischen System, von dem asiatischen, dem nah- und mittelöstlichen und schließlich dem afrikanischen System. Die Unterschiedlichkeit dieser Systeme sei ebenso irritierend für die Definition amerikanischer „nationaler Interessen“ wie die entgegengesetzten Mentalitäten der

unterschiedlich sozialisierten amerikanischen Eliten, denen der Verfasser zum Teil geschichtslose und zu starke ökonomische Orientierungen zur Last legt.

Um den Herausforderungen der Zukunft konstruktiv begegnen zu können – für *Kissinger* sind das unter anderem Terrorismus, Globalisierung, Selbstverteidigung und militärisches Krisenmanagement, Krisen-



Herausforderungen an die Führungsmacht USA.

herde im Nahen Osten, mögliche Instabilitäten in Asien, der Bestand von Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit –, entwickelt er klare Standpunkte amerikanischer Politik. Er geht dabei von einer neuen Diplomatie aus, die er als Ergebnis des 11. Septembers beschreibt. Europa und Russland sind dabei von großer Bedeutung, und insbesondere den europäisch-amerikanischen Beziehungen misst er eine neue Qualität bei.

Nach der – trotz aller Meinungsverschiedenheiten über das Kyoto-Protokoll oder die Pläne für eine Raketenabwehr (MD) – erfolgreichen Europa-Visite des Präsidenten, und insbesondere nach der Tragödie des 11. Septembers waren nach *Kissingers* Analyse die europäischen Verbündeten gezwungen, sich auf die Grundprinzipien der transatlantischen Beziehungen zu besinnen. Darauf weist der Altmeister der Diplomatie ausdrücklich hin, wenn er in seinem Buch gleich zu Beginn auf die Richtungskorrektur der europäisch-amerikanischen Beziehungen eingeht. Er beschreibt die Entstehung der „neuen atlantischen Diplomatie“ so: „Europas Regierungschefs verstanden, dass sie durch die Zusammenarbeit mit Washington weit mehr Einfluss auf die neue Diplomatie und Strategie nehmen konnten als durch die Infragestellung amerikanischer Maßnahmen – ein Weg, der durch die subtile Koalitionsdiplomatie der Bush-Administration erleichtert wurde“ (S.17). Für *Kissinger* hat die transatlantische Diplomatie damit eine neue Grundlage für konstruktive Beziehungen zwischen Amerika und

einem „in der Vereinigung begriffenen Europa“ geschaffen.

Auch das amerikanische-russische Verhältnis sieht *Kissinger* in einem neuen Licht. Der 11. September habe hierbei aber lediglich Tendenzen beschleunigt, die bereits zuvor erkennbar geworden waren. Für ihn bergen diese Beziehungen das Potenzial, ebenso symbolisch für eine neue Ära zu werden wie die Öffnung der Volksrepublik China nach 1972. Er zeigt sich optimistisch, da das Verhalten des russischen Präsidenten, Wladimir *Putin*, sowohl vor als auch nach den Terroranschlägen gezeigt habe, dass der „erste Führer eines wirklich nicht-kommunistischen Russlands“ die traditionelle russische Politik an die im Entstehen begriffenen internationalen Realitäten anzupassen beginne. *Kissinger* konstatiert eine neue strategische Lage zwischen Amerika und Russland, die Handlungsoptionen eröffne, aber auch Grenzen der Kooperation offenbare.

Der tiefere Grund für eine verstärkte Kooperation liege im endgültigen Niedergang der Rivalität zwischen den beiden Atommächten und in den historisch beruhigenden politischen Konstellationen in Europa. Nicht nur verhindere die gegenwärtige politische Struktur Europas jene Art napoleonischer oder hitlerischer Invasionen, die Russlands Ängste in der Vergangenheit schürten; es seien auch keine Kriege zwischen den beiden Atommächten zu befürchten. Dies alles verändere das Verhalten Amerikas und Russlands auf praktisch allen Schauplätzen und in allen Regionen der Welt.

In traditionellen Krisenregionen wie dem Nahen Osten habe sich das politische Kalkül völlig verändert; die frühere Vorstellung von einem Nullsummenspiel zwischen zwei vorherrschenden Mächten treffe heute nicht mehr zu. Während des Kalten Krieges und noch einige Zeit danach glaubte sowohl die russische als auch die amerikanische Führung, ein politischer Sieg für die eine Seite komme einer strategischen Niederlage für die andere gleich, und so versuchten sie sich gegenseitig den Einfluss in der Region streitig zu machen. Unter den Bedingungen, wie sie seit dem 11. September herrschten, würde heute eine solche Politik beide Seiten gegenüber dem islamischen Fundamentalismus schwächen und die Stabilität der Region untergraben, an der beide ein lebenswichtiges Interesse haben.

Die Grenzen der Gemeinsamkeiten liegen für *Kissinger* in der allzu starken „Duldung“ russischer Methoden im Umgang mit Problemen in der eigenen Peripherie, so in Tschetschenien. Deshalb lautet die klare Botschaft des früheren Außenministers: Amerika dürfe es nicht gleichgültig sein, wenn Russland den islamischen Fundamentalismus zum Vorwand nehme, die erst seit kurzem unabhängigen Staaten Zentralasiens wieder unter seine strategische Vorherrschaft zu bringen.

Darüber hinaus könne sich auch der Wettstreit um den Zugang zum Erdöl und seine Transportrouten als gewichtiges Hindernis einer koordinierten Politik erweisen. Am Ende hängen die Möglichkeiten einer russisch-amerikanischen Kooperation

im Hinblick auf den islamischen Fundamentalismus von der Fähigkeit ab, einen Mittelweg zwischen blauäugigem Optimismus und einem neuen Wettstreit um Vorherrschaft zu finden. Den Ausweg aus einer möglichen neuen Konfliktformation sieht der Autor darin, auch innerhalb der NATO neue Konsultationsmechanismen zu finden, ohne jedoch die Substanz der Gemeinschaft als westliches Bündnis zu unterminieren.

*Kissinger* kalkuliert bei diesen Überlegungen europäische Befindlichkeiten automatisch mit ein. Mit Blick auf die Europäer stellt er fest: „Das Problem besteht darin, wie man Beratungsmechanismen schaffen kann, die es ermöglichen, gemeinsam die neuen Realitäten anzugehen, ohne Europa das Gefühl zu geben, dass es einem russisch-amerikanischen Kondominium ausgeliefert ist“ (S. 22).

Diplomatisch und geostrategisch gesehen sind es spannende Zeiten, auch wenn man *Kissingers* weitere Darlegungen etwa zum Verhältnis zu China oder seine abschließenden Reflexionen über das Selbstverständnis amerikanischer Politik aufmerksam liest. Obwohl er in Washington kein offizielles Amt mehr bekleidet, so sendet sein brillant geschriebenes Buch klare Orientierungen für Amerikas Rolle in der Weltpolitik aus und kann zweifellos als eine der wichtigsten Publikationen aus dem amerikanischen Establishment in jüngster Zeit aufgefasst werden.

Henry Kissinger, Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Berlin: Propyläen Verlag 2002, 383 S., 25,00 EUR.

## Euro-amerikanische Partnerschaft im atlantischen Bündnis

HELGA HAFTENDORN

Robert E. Hunter, *The European Security and Defense Policy: NATO's Companion – or Competitor?* RAND MR-1463 – ESDI; Santa Monica 2001, 179 S., 24,00 \$.

Die amerikanische Diskussion über eine eigenständige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist durch ein hohes Maß an Ambivalenz gekennzeichnet. Zu beobachten ist gleichzeitig ein nachdrückliches Drängen auf einen größeren militärischen Beitrag der Europäer – nicht nur im Sinne eines „burden sharing“, sondern auch auf Errichtung eines starken europäischen Pfeilers im Rahmen der NATO. Andererseits wird die Besorgnis geäußert, dass eine eigene europäische Verteidigungskomponente das westliche Bündnis schwächen und diesem notwendige Ressourcen vorenthalten könnte.

Robert *Hunter* will in der vorliegenden Studie seinen Landsleuten die Motive und Etappen der Entwicklung der ESVP nahe bringen und aus der Perspektive amerikanischer Sicherheitsinteressen bewerten. Als NATO-Botschafter von 1993 bis 1998 und langjähriger Beobachter der europäischen Sicherheitspolitik ist der Verfasser, der heute im Washingtoner Büro der RAND-Corporation arbeitet, für diese Aufgabe besonders qualifiziert. *Hunter* geht davon aus, dass die europäischen Verbündeten außerordentlich wichtige („critically important“) Sicherheitspartner der USA sind und weder schwach bleiben noch eine un-

abhängige Kraft außerhalb der NATO werden dürften. Seine Analyse ist daher von dem Bemühen gekennzeichnet, ein konstruktives Verhältnis zwischen dem westlichen Bündnis und der im Entstehen begriffenen ESVP zu entwickeln.

Im Einzelnen zeichnet *Hunter* die Entstehung der ESVP seit dem Vertrag von Maastricht und die Reaktionen Washingtons nach. Er erkennt den Wunsch der Europäer nach größerer Mitsprache in Sicherheitsfragen an – wozu diese entsprechende militärische Mittel benötigten –, reagiert jedoch kritisch auf ihren Anspruch, eine Fähigkeit zum autonomen militärischen Handeln zu schaffen.

Die im Jahr 1996 auf der Berliner NATO-Konferenz gefundene Formel, wonach Einsatzkräfte von den Europäern ohne Mitwirkung aller NATO-Partner, aber nicht ohne deren Zustimmung eingesetzt werden können („separate, but not separable“), ist der Kompromiss. Die britisch-französische Erklärung von St. Malo 1998 ließ jedoch in Washington wieder die Alarmglocken schrillen. Sie veranlassete Außenministerin Madeleine *Albright* zu der berühmten Warnung vor den drei „D“: „decoupling“ (Abkoppelung der Europäer von Amerika), „discrimination“ (Diskriminierung der Nicht-EU-Mitglieder), und „duplication“ (Duplizierung der NATO-Strukturen und -fähigkeiten). In diesem Zusammenhang verweist *Hunter* auf den Beschluss der Allianz vom April 1999, die militärischen Fähigkeiten des Bündnisses durch eine „Defense Capability Initiative“ (DCI) zu stärken.

Insgesamt kommt *Hunter* zu einem positiven Urteil über die ESVP, wenn es gelinge, diese eng mit der NATO zu verzahnen und eine Reihe von Sachproblemen zu lösen. Andernfalls könnte es leicht zu einer Konkurrenzsituation kommen. Er tritt für die Festschreibung des Vorrangs des westlichen Bündnisses („NATO first“) und die Übernahme gleicher Risiken von Allianz und EU (also keine Arbeitsteilung zwischen beiden) ein. Außerdem fordert er höhere europäische Verteidigungsleistungen, gemeinsame Planungs- und Befehlsstrukturen, Interoperabilität (wobei er – an seine Landsleute gerichtet – für eine Zweibahnstraße in der Hochtechnologie plädiert) sowie die Entwicklung von bündnisinternen Verfahren zum Krisenmanagement. Er macht sich das Petitum Washingtons zu eigen, dass alles vermieden werden müsse, was zu einer Schwächung der Vorrangstellung der Allianz und zur Minderung des amerikanischen Einflusses in Europa führen könnte. Die Regierung *Bush* unterstütze wie ihre Vorgängerin eine stärkere Rolle der EU in Fragen der europäischen Sicherheit, fordere jedoch, dass diese im Rahmen der NATO erfolge („properly integrated with NATO“).

Die äußerst lesenswerte Studie enthält eine Vielzahl von Informationen, die dem Verfasser aus seiner Teilnahme an den entscheidenden NATO-Sitzungen zugänglich waren. Obwohl ausschließlich offenes Material zitiert wird, ermöglicht sie dem Leser, an vielen Stellen zwischen den Zeilen zu lesen. In einem Nachwort geht *Hunter* auf die Folgen des 11. September ein.

Er stellt fest, dass die Diskussion über die ESVP in den Hintergrund getreten sei und meint, dass diese in der Antiterrorkampagne des Westens – im Gegensatz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU – keine Rolle spiele.

### Kein eindeutiges weltpolitisches Ordnungsprinzip

SEBASTIAN BARTSCH

Reinhard Wolf, Partnerschaft oder Rivalität? Sicherheitsbeziehungen zwischen Siegermächten (=Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Band 6). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2001, 296 S., 10,20 EUR.

**A**nalysen von Kooperation und Konflikt zwischen Großmächten sowie der Entstehung und des Zerfalls von Allianzen gehören seit jeher zum Kern der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es neuen Grund, sich damit zu beschäftigen. Die über Jahrzehnte dominante bipolare Machtstruktur ist zerfallen, ohne dass seither ein ähnlich eindeutiges weltpolitisches Ordnungsprinzip an ihre Stelle getreten ist. Die NATO als stärkstes Bündnis der siegreichen Staatenkoalition besteht fort und durchläuft eine tiefgreifende Transformation.

Gleichwohl halten sich pessimistische Szenarien hartnäckig, die sowohl die Allianz als auch das transatlantische Verhältnis insgesamt in einem Prozess fortschreitender Erosion sehen – ein Eindruck, der sich seit den terroristischen Anschlägen auf die USA vom 11. September 2001 eher noch verstärkt hat.

Reinhard *Wolf*, seit kurzem Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Universität Greifswald, geht in die Geschichte der Weltpolitik zurück, um Grundlegendes über die „Sicherheitsbeziehungen zwischen Siegermächten“ – so der Titel des aus seiner Habilitationsschrift hervorgegangenen Buches – herauszuarbeiten. Er bezieht in überaus gelungener Weise zentrale Theorien der internationalen Beziehungen und historische Fälle – das Mächtekonkordat nach 1815, die Sicherheitsbeziehungen im Fernen Osten in der Zwischenkriegszeit sowie die Entstehung des Kalten Krieges – aufeinander, um jene Faktoren zu identifizieren, die dafür ausschlaggebend sind, dass es verbündeten Großmächten nach siegreich beendeten Hegemonialkonflikten bisweilen gelingt, ihre erfolgreiche Sicherheitskooperation fortzusetzen, während sich in anderen Fällen mehr oder weniger schnell Rivalitätsbeziehungen herausbilden.

Sein Befund ist überraschend: Nicht die von der dominanten Denkschule des Realismus in den Mittelpunkt gerückte zwischenstaatliche Machtverteilung und die aus ihr folgenden Gleich- und Gegengewichtspostulate haben die größte Erklärungskraft, auch nicht der Grad der Absicherung der Zusammenarbeit in internationalen Institutionen, sondern dies wird bestimmt durch das Ausmaß der Vereinbarkeit der Interessen der politikbestimmenden gesellschaftlichen Eliten und innenpolitischen Akteure in den einzelnen Staaten. Dies entspricht dem liberalen Verständnis von staatlicher Außen-

politik als Ausdruck jener Präferenzen, die die gesellschaftlich einflussreichsten Gruppen im innenpolitischen Wettbewerb als verbindliche Staatsziele durchsetzen. Die Vorzeichen für eine Fortsetzung sicherheitspolitischer Zusammenarbeit sind demzufolge dann besonders gut, wenn in der Innenpolitik der siegreichen Mächte der Einfluss jener Gruppen maßgebend ist, die von kooperativen Beziehungen profitieren, und sie sind dann schlecht, wenn in einem oder mehreren dieser Staaten gesellschaftliche Akteure mit expansiven oder militaristischen Präferenzen politikbestimmend sind.

Für die Fortsetzung der bewährten Sicherheitspartnerschaft zwischen den entwickelten Demokratien im atlantischen Raum ergeben sich hieraus bessere Aussichten, als die zahlenmäßig wachsende Gruppe der Skeptiker zu erkennen vermag. Ungleich schlechter sind die Perspektiven für einen zweiten aktuellen Bezugspunkt, den *Wolf* am Ende aufgreift: die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Dort lassen die fundamentalen Unterschiede in den staats- und gesellschaftspolitischen Entwürfen beider Länder die Ausprägung von Rivalität schwer vermeidbar erscheinen. Auch ist die Anwendung der theoretisch probatesten Gegenstrategie – innenpolitischen Wandel durch Stärkung jener gesellschaftlichen Gruppen zu fördern, die von erweiterter internationaler Zusammenarbeit profitieren – im Falle Chinas weder einfach noch unumstritten. Wenn es den Gewinnern des Ost-West-Konflikts auf bei-

den Seiten des Atlantiks gelänge, hierzu eine gemeinsame, abgestimmte Politik zu entwickeln, wäre dies ein weiterer gewichtiger Nachweis der Fortsetzung partnerschaftlicher Sicherheitsbeziehungen zwischen Siegermächten.

## Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen

STEPHAN BIERLING

Detlef Junker, *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*. Ein Handbuch, Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt 2001, 2 Bde., 976 und 874 S., 76,00 EUR.

**D**arauf hat die wissenschaftliche Welt auf beiden Seiten des Atlantiks lange gewartet: Jetzt endlich gibt es eine umfassende Bestandsaufnahme und eine wissenschaftliche Bewertung der amerikanisch-deutschen Beziehungen von 1945 bis 1990.

Detlef *Junker*, der langjährige Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Washington, hat 132 ausgewiesene Wissenschaftler aus beiden Ländern versammelt, um von ihnen in 146 Beiträgen die unterschiedlichen Facetten des bilateralen Verhältnisses untersuchen zu lassen. Neben arrivierten Experten, deren Name oft schon fast als Synonym für den von ihnen analysierten Bereich steht – Harold *James* über „D-Mark und Dollar“ etwa –, kommen auch jüngere Forscher zu Wort.

Besonders hilfreich wird das Handbuch dadurch, dass es nicht nur übersichtlich in die Bereiche Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft unterteilt ist (jeweils gesondert, im ersten Band von 1945 bis

1968 und im zweiten Band von 1968 bis 1990), sondern dass jeder Bereich mit einem Überblicksessay eines herausragenden Wissenschaftlers eingeführt wird, in dem sich auch eine Besprechung der wichtigsten Literatur findet. Für keine andere bilaterale Beziehung der Bundesrepublik existiert eine ähnlich voluminöse, detaillierte und solide Darstellung, und kein anderes zwischenstaatliches Verhältnis in einer Epoche dürfte bisher so erschöpfend behandelt worden sein wie das amerikanisch-deutsche in *Junkers* beiden Sammelbänden.

In diesem Jahr erscheint das Handbuch auch auf Englisch; es fällt leicht, vorherzusagen, dass sich dieses monumentale Werk für Generationen von Transatlantik-Forschern als unverzichtbar erweisen wird.

## Moral in der internationalen Politik

STEPHAN KLINGEBIEL

Andreas Hasenclever, *Die Macht der Moral in der internationalen Politik*. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 36), Frankfurt/New York: Campus Verlag 2001, 468 S., 45,00 EUR.

**M**ilitärische Interventionen besitzen eine enorme politische Brisanz. Gegenstand intensiver innenpolitischer und internationaler Debatten sind nicht zuletzt die Rechtfertigungen für militärische Eingriffe. Der in einigen Fällen verwendete Begriff der „humanitären Intervention“ hebt hervor, dass es durchaus uneigennützig militärische Einmischun-

gen geben kann. Dies wird in der politischen Auseinandersetzung aber immer wieder in Zweifel gezogen. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob „Moral“ ein wichtiger Faktor für die Erklärung von Militärinterventionen sein kann. Andreas *Hasenclever* hat diese Frage zum Gegenstand seiner bemerkenswerten Dissertation gemacht. Er untersucht mit politikwissenschaftlichen Kategorien, ob sich Moral bei Interventionsentscheidungen nachweisen lässt. Als moralische Grundprinzipien nennt er die Menschenwürde und die Menschenrechte; im Sinne der Untersuchung wird der Moralbegriff aber als analytische und nicht als bewertende Kategorie benutzt. Ob eine Intervention gerechtfertigt oder sinnvoll war, ist daher nicht Gegenstand seiner Untersuchung, sondern die Frage, ob auf moralischen Grundsätzen beruhende Überlegungen maßgeblich zu Interventionsentscheidungen beigetragen haben.

*Hasenclever* sieht vor allem zwei konkurrierende Erklärungsmodelle: Erstens die Ansätze des Realismus, die im Kern davon ausgehen, dass eine militärische Einmischung dann erfolgt, wenn nationale Interessen (d.h. im Sinne von Sicherheits- und Machtpolitik) des intervenierenden Staates berührt sind; zweitens die Ansätze des rationalistischen Liberalismus, die die innenpolitischen Dimensionen von außenpolitischen Entscheidungen betonen und Antwort auf die Frage suchen: Für welche gesellschaftliche Gruppe ist eine Intervention nützlich und kann diese Gruppe ihre Posi-

tion durchsetzen? *Hasenclever* will diese Theoriendebatte um einen „moral-soziologischen Ansatz“ ergänzen. Seine These ist daher, dass gesellschaftlich verankerte moralische Überzeugungen in außenpolitische Entscheidungen einfließen. Anhand der militärischen Interventionen der Staatengemeinschaft in Somalia, dem Eingreifen Frankreichs in Ruanda und dem der NATO in Bosnien-Herzegowina wendet der Autor seinen Erklärungsansatz an. „Es gibt humanitäre Interventionen“, lautet *Hasenclevers* zentrale Schlussfolgerung. Demnach lassen sich die militärischen Eingriffe in den drei vom Autor gewählten Beispielen nicht vollständig ohne die Kategorie der Moral – d.h. auf Grund massiver Menschenrechtsverletzungen – erklären.

Die von *Hasenclever* vorgelegten Ergebnisse sind insgesamt plausibel und überzeugend. Trotzdem drängt sich – auch bei den untersuchten Beispielen – die Frage auf, ob nicht eine Überinterpretation zugunsten einer moralischen Begründung gewissermaßen zwangsläufig erfolgt, nur weil andere Motive nicht direkt greifbar sind oder übersehen werden. Das Problem, dass massive Menschenrechtsverletzungen und eine Welle der Empörung in der europäischen und nordamerikanischen Öffentlichkeit keineswegs automatisch eine humanitäre Intervention auslösen müssen, spricht auch der Autor an. Insgesamt ist *Hasenclevers* Untersuchung ein lesenswerter und interessanter Beitrag zur Theoriendebatte über internationale Politik.